

PRO

Bald lohnt sich für die amerikanische Mittelschicht das Arbeiten nicht mehr

Die USA verabschieden sich vom Kapitalismus und sind auf dem Weg zum Wohlfahrtsstaat. Die Umverteilung setzt falsche Anreize.

Rainer Zitelmann

24.02.2023, 05.30 Uhr



Viele Amerikaner der arbeitenden Mittelschicht spüren, dass mit dem System in den USA etwas nicht in Ordnung ist.

Victor J. Blue / Bloomberg

In Europa gibt es das Vorurteil, in den USA herrsche der pure Kapitalismus und es gebe dort keinen Wohlfahrtsstaat. Das Gegenteil ist richtig. Inzwischen haben der Wohlfahrtsstaat und die Umverteilung in den USA solche Ausmasse erreicht, dass man sich die Frage stellen muss, ob es sich für Personen,

die zur Mittelschicht gehören, überhaupt noch lohnt, zu arbeiten.

Das geht aus den Analysen von Phil Gramm, Robert Ekelund und John Early in ihrem Buch «The Myth of American Inequality» hervor (Rowman & Littlefield, London 2022). Ein Angehöriger einer amerikanischen Mittelschicht-Familie, in der sowohl der Mann wie auch die Frau arbeiten, hat am Ende nicht mehr als ein Angehöriger einer Familie, in der beide gar nicht arbeiten. Das klingt unwahrscheinlich, wird aber durch Zahlen belegt.

Ein Nullsummenspiel

Eine Analyse der Einkommen in den USA zeigt, dass der durchschnittliche Haushalt des untersten Quintils (also die unteren 20 Prozent der Einkommensbezüger) pro Kopf über 10 Prozent mehr erhält als der durchschnittliche Haushalt des zweiten Quintils und sogar 3 Prozent mehr als der durchschnittliche Haushalt mit mittlerem Einkommen.

Auch auf Ebene des Haushalts sind die Unterschiede innerhalb der unteren 60 Prozent in den USA gering: Berücksichtigt man Transferleistungen des Staates einerseits und Steuerzahlungen andererseits, dann beträgt das Einkommen der untersten 20 Prozent jährlich 49 613 Dollar, im zweiten Quintil sind es 53 924 Dollar und im mittleren 65 631 Dollar.

Allein die staatlichen Transferleistungen für die unteren 20 Prozent der Amerikaner betragen 45 389 Dollar, während in diesem Segment nur Steuern von 3996 Dollar pro Jahr bezahlt

werden. Die staatlichen Transferleistungen sind also für die untersten 20 Prozent um 41 393 Dollar höher als die Steuerzahlungen.

In der Mittelschicht sieht es ganz anders aus: Hier bekommt ein Haushalt zwar auch jährlich 17 850 Dollar an staatlichen Transferleistungen, zahlt aber andererseits 19 314 Dollar an den Fiskus. Der Mittelschicht-Haushalt bezahlt 1464 Dollar mehr an Steuern, als er an Transferleistungen bekommt.

Anders als man vielleicht denkt, gehören zu einem amerikanischen Haushalt in der Unterschicht weniger Personen (1,69) als zu einem in der Mittelschicht (2,51 Personen). Daraus ergibt sich, dass das Pro-Kopf-Einkommen eines Unterschicht-Haushaltes nach Transferleistungen und Steuern 3 Prozent mehr beträgt als in der Mittelschicht. Mit Kapitalismus hat all dies nur noch wenig zu tun. Das Leistungsprinzip ist ausser Kraft gesetzt, weil es sich kaum mehr lohnt, zu arbeiten.

Das Umverteilungssystem verschlingt eine Menge Geld und kann nur noch von Statistik-Experten durchschaut werden. Es gibt in den USA allein hundert landesweite Transferprogramme mit jährlich mehr als 100 Millionen Dollar pro Programm, dazu gibt es unzählige Programme auf Ebene der einzelnen Gliedstaaten und Kommunen.

Auf der anderen Seite stehen Steuern auf Ebene des Bundes sowie der Gliedstaaten und Kommunen, so dass ein unüberschaubares Gestrüpp von Steuerzahlungen einerseits und Transferleistungen andererseits entsteht. Das absurde Ergebnis ist, dass ein typischer Mittelschicht-Haushalt vom

Staat fast so viel Transferleistungen erhält, wie er Steuern zahlt.

Erfolglos im Kampf gegen die Armut

Viele Amerikaner der Mittelschicht spüren, dass mit diesem System etwas nicht in Ordnung ist. Finanziert wird das Ganze zu einem Grossteil von den oberen 20 Prozent der Einkommensbezieher, die ein Haushaltseinkommen von 295 904 Dollar haben, aber fast 107 000 Dollar an Steuern bezahlen. Das widerlegt die populäre Meinung, die Oberschicht in Amerika drücke sich vor Steuerzahlungen.

Vielmehr geht mehr als jeder dritte Dollar, den diese Haushalte verdienen, an den Staat. Und die oberen 20 Prozent der Haushalte bezahlen auf diese Weise mehr als 60 Prozent der Einkommenssteuern. Schaut man allein auf die Einkommenssteuer auf Bundesebene, die stark progressiv ausgestaltet ist, bezahlen die obersten 20 Prozent sogar 83 Prozent! Das System schröpft also die Besserverdienenden und entmutigt die Mittelschicht. Es nützt absurderweise aber auch nichts im Kampf gegen die Armut, denn seit Mitte der 1960er Jahre in den USA der «War on Poverty» mit Staatsprogrammen begann, die immer grösser wurden, ist die Armut mit leichten Schwankungen praktisch gleich hoch geblieben. In den beiden Jahrzehnten zuvor war die Armut in den USA stetig von 32,1 auf 14,7 Prozent zurückgegangen.

Die Einzigen, die von dem gesamten System profitieren, sind Politiker, die den Amerikanern das Geld erst abnehmen, um es dann der eigenen Klientel wieder zurückgeben zu können.

Rainer Zitelmann ist Historiker und Soziologe.

Passend zum Artikel



Schliessen sich Kapitalismus und Demokratie aus?

29.08.2019



Der bessere Kapitalismus ist der schlechtere Kapitalismus – warum die neuen Vorschläge von WEF-Gründer Klaus Schwab et al. bloss die Managerkaste begünstigen

15.01.2021

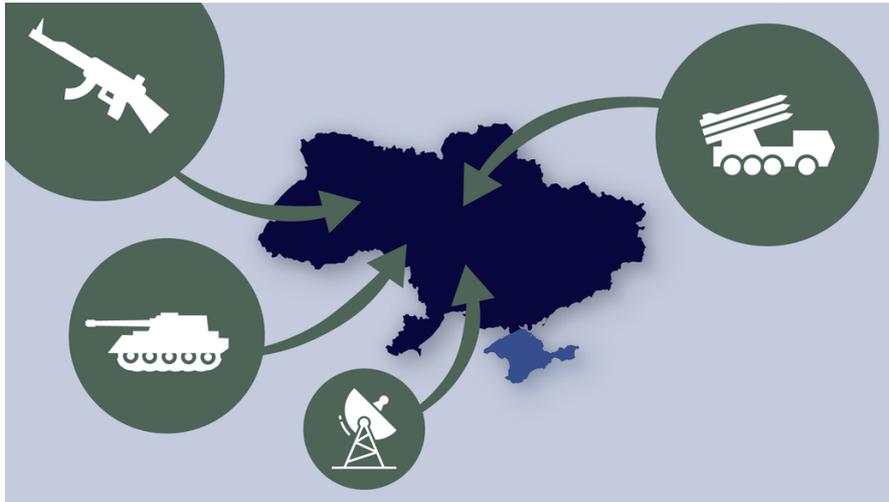


Die Demokratie sei von Piraten in Madagaskar erfunden worden, sagt David Graeber. Wer wissen will, was Freiheit ist, dürfe sich nicht an die Aufklärung halten, findet er

03.02.2023



Mehr zum Thema USA >



Waffen für die Ukraine: Ein Jahr zwischen Fordern, Zögern und Liefern

vor 3 Stunden



LIVE

Krieg in der Ukraine: Biden schliesst Lieferung von US-Kampffjets an Ukraine weiter aus +++ EU-Staaten einigen sich auf neue Sanktionen gegen Russland

25.02.2023



DIE NEUESTEN ENTWICKLUNGEN

Atomstreit mit Nordkorea: Pjongjang vermeldet Test von Langstrecken-Marschflugkörpern

Aktualisiert 24.02.2023





Die USA greifen Taiwan militärisch unter die Arme

24.02.2023



Wetterchaos in den USA: Erster Blizzard-Alarm in Los Angeles seit 1989

Aktualisiert 24.02.2023



DIE NEUESTEN ENTWICKLUNGEN

Kryptowährungen: Neue Anklage gegen Sam Bankman-Fried veröffentlicht

23.02.2023



Weitere Themen

[Steuern](#)

Für Sie empfohlen >



«Manchmal ziehe ich den Helm an. Dann fühle ich mich stark. Wie die Soldaten. Sie sind für mich wie Helden aus einem Film» - ein Jahr Krieg aus der Sicht von ukrainischen und russischen Kindern

25.02.2023





SERIE

«Ich nehme ab»: von guten und schlechten Futterverwertern – und einem Sportbonus namens Nachbrenneffekt

Aktualisiert 25.02.2023



Ineos Grenadier Expedition: Zu Land und zu Wasser geht ihm nicht die Luft aus

25.02.2023



Wie sich der Ukraine-Krieg auf die Preise und die Wirtschaft in Deutschland auswirkt

Aktualisiert 24.02.2023



Polizei-News aus Zürich: Jugendlicher Telefonbetrüger festgenommen +++ Zwei 17-Jährige verletzen sich in Winterthur im Drogenrausch selbst

Aktualisiert 24.02.2023



Dieser Algorithmus kombiniert Strom und Wetter: Nun spart auch die Zürcher Industrie

Aktualisiert 24.02.2023



«Es ist absurd, bei Chat-GPT von künstlicher Intelligenz zu sprechen»

25.02.2023



Esra hatte vor der Ehe Sex. Für ihre Familie bedeutet das die grösste Sünde. Wie eine junge Frau gezwungen wird, ihre Jungfräulichkeit wiederherzustellen

25.02.2023



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.